

wickelt hat (List u.a.: Internationale Politik, Opladen 1995, Kap. 5.2, Tab. 5.4 und zugehöriger Text; dort werden drei Problem-Typen unterschieden, denen unterschiedliche ‚Interventions-Punkte‘ für umweltpolitische Steuerung entsprechen). *Luterbacher* und *Norrlof* machen in ihrem dichten Beitrag auf potenzielle Abstimmungs-Probleme zwischen Klima-Regimen und internationalem Handels-Regimen im WTO-Kontext aufmerksam und diskutieren kurz - von ihnen skeptisch beurteilte - mögliche Mechanismen zu deren Bearbeitung. Ein kurzer abschließender Beitrag der Herausgeber hebt wichtigste Ergebnisse des Bandes hervor. Diese werden, insgesamt betrachtet, den Experten politikwissenschaftlicher Forschung über Umweltregime kaum überraschen - alles andere würde den Expertenstatus in Zweifel ziehen und würde v.a. am Anliegen des Bandes vorbeigehen. Er zielt nicht auf die Präsentation neuer empirischer Überraschungen, sondern auf die exemplarische Demonstration der Fruchtbarkeit sozialwissenschaftlicher Ansätze in diesem Bereich der Forschung. Dies gelingt und ist von Interesse sowohl für umweltpolitisch Interessierte anderer Fachrichtungen als auch für den Einsatz in der politikwissenschaftlich-fachlichen Lehre.

*Peter Rudolf, Jürgen Wilzewski* (Hg.): Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos Verlag 2000, 425 S., € 30,-.

*Sebastian Harnisch*

Der von *Peter Rudolf* (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin) und *Jürgen Wilzewski* (Zentrum für Nordamerika Forschung, Frankfurt/Main) herausgegebene Sammelband über die amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts untersucht den Einfluss innen- und außenpolitischer Faktoren auf die Entwicklungslinien der US-Außenpolitik unter der Präsidentschaft William J. Clintons und nachgeordnet deren Auswirkung auf die Internationale Politik. Mit Hilfe von zwei theoretisch-orientierten Kapiteln und Fallstudien aus

unterschiedlichen regionalen Kontexten und Politikfeldern wird zum einen die globale Bedeutung der USA als einzig verbliebener Supermacht aufgezeigt und zum anderen der Wandel des amerikanischen Verständnisses internationaler Führung und dessen Bedeutung für die internationale Ordnung hervorgehoben.

Bemerkenswert ist dabei die Heterogenität der Regionalanalysen. Hier werden Untersuchungen der US-Politiken gegenüber Einzelstaaten (VR China, Russland), Regionen (Naher und Mittlerer Osten, Zentralasien), Kontinenten (Afrika) und Institutionen (EU, NATO) miteinander vereint. Auffällig ist auch die unterschiedliche Ausrichtung der Beiträge; diese reichen von theoretisch-orientierten Analysen bis zu politikorientierten Beschreibungen. Ob daraus tatsächlich tragfähige Rückschlüsse auf die Wechselbeziehung zwischen US-Außenpolitik und den Entwicklungslinien der gesamten internationalen Politik gezogen werden können, erscheint fragwürdig. Zwar bieten die teilweise hervorragenden Einzelbeiträge reichlich Anhaltspunkte für etwaige Entwicklungen in bestimmten Regionen oder Problemfeldern, doch fehlt nicht nur eine Zusammenfassung dieser Einzelergebnisse und deren theoretische Reflexion, sondern auch eine Zusammenschau der möglichen Wechselwirkungen zwischen diesen Untersuchungsbereichen. Beispielsweise würde der interessierte Leser gerne erfahren, ob die veränderte US-Politik gegenüber der Volksrepublik China Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen und die US-Außenhandelspolitik zeitigt oder ob diese Bereiche unabhängig voneinander zu betrachten sind.

Der Band ist insgesamt in drei Teile gegliedert. Zunächst führen *Rudolf* und *Wilzewski* in das Themenspektrum ein, indem sie sowohl auf die doppelte Veränderung der internationalen Umwelt durch den Wegfall des Systemgegensatzes zur Sowjetunion als auch die wachsende Globalisierung und Regionalisierung innerhalb der OECD-Welt hinweisen. Sie konstatieren, dass mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung zentripetale Kräfte im politischen System der USA an Boden gewonnen hätten und sich eine Kluft zwischen unterschiedlichen Deutungsmustern der Weltpolitik aufteue, die sich in einem Dissens zwischen Exekutive und Legislative institutionalisiert habe (15). Für die weitere Analyse des Bandes leiten sie aus diesem empirischen Befund die theore-

tische Schlussfolgerung ab, dass den Prozessen der gesellschaftlichen Präferenzbildung (und der diskursiven Selbstverständigung) der amerikanischen Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung für das außenpolitische Verhalten der USA zukomme.

In Teil I steht der internationale, ideologische und institutionelle Kontext im Vordergrund. *Gebhard Schweigler* (SWP, Berlin) untersucht die Beziehung zwischen Globalisierung, amerikanischer Identitätsbildung und außenpolitischem Verhalten, wobei er die tief im amerikanischen Bewusstsein verankerte Sonderstellung der USA als Vorbild in der Weltpolitik hervorhebt. Er stellt fest, dass diese (außenpolitische) Identität der USA durch die Globalisierung nicht nur materiell i.S. der einzig verbliebenen Supermacht gestärkt werde, sondern auch ideell, da sich die heterogene US-Einwanderungsgesellschaft durch ihre politisch (nicht ethnisch) definierte Identität als universalisierbares Modell für den Rest der Welt ausgezeichnet eigne (27). *Jürgen Wilzewski* geht in seinem Beitrag über die gewachsene Rolle des US-Kongresses auf die Gründe dieses Strukturwandels im außenpolitischen Prozess ein. Neben dem Wegfall des „einigen Feindes“ Sowjetunion und dem Generationswechsel in beiden Häusern macht *Wilzewski* vor allem das „realpolitische Weltbild“ der republikanischen Mehrheit und die Auseinandersetzungen im Zuge des Impeachmentverfahrens gegen Präsident Clinton dafür verantwortlich, dass die Legislative nicht nur punktuell die Außenpolitik der Exekutive konterkarierte (Kosovo), sondern auch versuchte, strukturell neue Akzente zu setzen (Ablehnung des CTBT, Ablehnung der Fast-Track-Mandatierung in der Außenhandelspolitik).

Den Teil II über die regionalen Herausforderung beginnt *Kay Möller* mit einem Beitrag über die bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Peking. Er liefert eine profunde empirische Analyse der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekte dieser für die gesamte Region wichtigen Dyade, gleichwohl sind einige Urteile (sehr) diskutabel. Zum einen unterschätzt der Autor die Diversität der China- bzw. Amerikabilder in den jeweiligen Eliten und Gesellschaften, weil diese nicht systematisch untersucht werden. Zum anderen neigt die Analyse auf Grund der Annahme eines (mehr oder minder) „einheitlichen Ak-

teurs“ dazu, den jeweils Handelnden Motive oder gar Strategien zu unterstellen, die nicht sehr plausibel erscheinen. So ließe sich sicherlich trefflich darüber streiten, ob die „comprehensive engagement“-Strategie eine „Verdrängungstaktik“ ist (76), um kurzfristige wirtschaftliche oder politische Interessen zu realisieren (86) oder ob die Volksrepublik China eine prämoderne, kulturell und territorial unbefriedigte Macht ist (83). Die Kapitel von *Jens van Scherpenberg* und *Jutta Koch* beschäftigen sich mit den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und den

halb der NATO: Beide fokussieren auf das zunehmende transatlantische Konfliktpotenzial, wobei *van Scherpenberg* die Konflikte im Handelsbereich (Hormonfleisch, Gentechnik, Datenschutz) eher als machtpolitischen Konflikt zwischen der Supermacht USA und der aufstrebenden Handelsweltmacht EU interpretiert, während *Koch* die Diskussion um den Funktionswandel der NATO zwischen der globalen Supermacht USA und den regional orientierten europäischen NATO-Partnern als Ausdruck unterschiedlicher „sicherheitspolitischer Kulturen“ analysiert. *Stephan Bierling* und *Margret Johannsen* untersuchen in ihren Beiträgen über die Russlandpolitik und die Nahost-Politik zunächst den Selbstanspruch der Clinton-Administration und dann die realen Ergebnisse der US-Politik. Beide kommen zu einer differenzierten Erfolgsbilanz, die jedoch unterschiedlichen Faktoren zugeschrieben wird. Vor allem *Johannsen* betont in ihrer empirisch dichten Beschreibung die Rolle des US-Kongresses als Korrektiv für die Exekutive und die fluide innenpolitische Situation in Israel als begrenzende Rahmenbedingung für die Vermittlungsbemühungen Washingtons. *Friedemann Müller* (SWP, Berlin) untersucht in einem exzellenten Beitrag über die US-Zentralasienpolitik den Einfluss nicht-staatlicher Akteure (multinationaler Ölkonzerne) auf die Interessendefinition der Clinton-Administration in der Region. Dabei räumt er mit dem in der Literatur oft anzutreffenden Vorurteil auf, dass die USA eine geostrategisch motivierte Interessenpolitik in der rohstoffreichen Region hätte durchsetzen können, indem er auf die gewichtigen Gegenkräfte aus Wirtschaft und Politik verweist, die eine Kooperation mit russischen Ölfirmen fordern und eine Einbindungsstrategie gegenüber dem Iran fördern (212 f.). *Siegmar Schmidt*

analysiert die Afrikapolitik der Clinton-Administration anhand der Wechselbeziehungen zwischen veränderten außenpolitischen Rahmenbedingungen (Wegfall der systemischen Konkurrenz mit dem Kommunismus auf dem afrikanischen Kontinent) und der innenpolitischen Interessenformation. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass die US-Afrikapolitik unter Clinton zwar eine Aufwertung und neue Impulse in der Demokratieförderung erfahren habe, sie aber letztlich zur Übernahme einer Führungsrolle oder gar einer Lösung der vielfältigen Probleme des Kontinents keinen substantziellen Beitrag leisten könne.

Der Teil III beschäftigt sich mit den globalen Herausforderungen für die US-Außenpolitik. *Stefan Schirm* untersucht die Außenhandelspolitik unter der Fragestellung, welchen Stellenwert multilaterale, bilaterale und regionale Strategien für die Politik der Clinton-Administration hatten. Er resümiert, dass der „Strategiemix“ auf eine Veränderung der externen (wirtschaftliche Attraktivität Lateinamerikas) und internen Rahmenbedingungen (Druck protektionistischer Einzelinteressen) zurückzuführen sei. In seinem Beitrag über die Nichtweiterverbreitungspolitik der USA beschreibt *Oliver Thränert* die wachsende Skepsis in Exekutive und Legislative über die Rüstungskontrolle. Die Gründe für diesen Wandel bei Strategien und Instrumenten der NV-Politik werden jedoch nicht näher beleuchtet. Dass sich die NV-Diskussion in den USA nach den Erfahrungen im Irak (1990/91), Nordkorea (1994) und auf dem indischen Subkontinent (1998) grundlegend gewandelt hat sodass weite Teile der politischen Elite „relative Sicherheit“ i.S. der Abschreckung nicht mehr für adäquat halten und deshalb eine „weitergehende Sicherheit“ für das Heimatterritorium und US-Truppen im Ausland fordern, bleibt deshalb unterbelichtet. *Peter Rudolf* skizziert in seinem empirisch dichten Beitrag die Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung, Kongress und exekutiver Haltung in der Interventionspolitik der USA. Er konstatiert, dass es nach der anfänglichen Ausweitung der Interventionskriterien im Zuge der gescheiterten UN-Mission in Somalia zu einer differenziereten Militärinterventionspolitik kam, die zwar von der Exekutive bestimmt, aber von der öffentlichen Meinung und Legislative nicht immer getragen wurde. Mit der mangelnden Legi-

timität litt auch die Effektivität der Einsätze, weil das US-Engagement bei der Prävention (durch Abschreckung) oder Bearbeitung von Konflikten (durch Kampfeinsatz und Friedensüberwachung) nicht immer glaubhaft erschien. Während *Rudolf* die beschränkende Wirkung der demokratischen Öffentlichkeit für den Einsatz von Militär betont, kommt *Robert Lessmann* in seinem gut recherchierten Artikel über die auswärtige Drogenpolitik der USA zu dem Ergebnis, dass die Amerikanisierung und Militarisierung der Drogenbekämpfung in Lateinamerika (trotz massiven Ressourceneinsatzes) als gescheitert angesehen werden könne, die Exekutive an dieser Strategie aber weiterhin festhalte, um dem öffentlichen Druck nach einer „harten Hand“ in der Drogenbekämpfung nachzukommen. In einem exzellenten Kapitel über die internationale US-Umweltpolitik untersucht *Tanja Brühl* den Einfluss binnenstaatlicher Informationsprozesse und ideeller Faktoren (Kultur) auf das US-Außenverhalten. Sie stellt fest, dass sowohl die binnenpolitische Struktur (divided government unter Bush und Clinton) als auch die (umweit-) politische Kultur nachhaltigen Einfluss auf die US-Klima- und Biodiversitätspolitik ausgeübt haben. Dadurch hätten sich die USA seit den 1960er Jahren von einem Vorbild zu einem Verweigerer in der internationalen Umweltpolitik entwickelt. In Zukunft, so *Brühl*, würden die USA deshalb auch keine Führungsrolle in der Weltumweltpolitik übernehmen. Abschließend befasst sich *Christoph Bertram* (SWP, Berlin) in einem policy-orientierten Essay mit der Zukunft der transatlantische Beziehungen. Wenn gleich *Bertram* eine ganze Reihe plausibler, um nicht zu sagen gängiger, Interpretationen zu den Divergenzen zwischen Washington und seinen europäischen Partnern vorlegt, bleibt der Aufsatz doch weit gehend die Erklärung für das Auseinanderdriften schuldig. *Bertram* spricht zwar von unterschiedlichen Weltbildern, doch woher diese stammen, wie sie sich verändern oder gar beeinflussen lassen, bleibt verborgen. Der Leser bleibt mit dem „Gefühl“ zurück, dass *Bertram* irgendwie recht haben könnte, nur ist unklar warum.

Trotz der skizzierten Schwächen des Bandes handelt es sich bei „Weltmacht ohne Gegner“ um ein empirisch reichhaltiges und analytisch anregendes Buch, das die deutsche Amerikaforschung, ebenso wie sein Vorgängerband, vo-

ranbringen wird. Auch wenn es sich als Einführ- beitrage (*Wilzewski, Johannsen, Müller,* rungsband für Lehrveranstaltungen weniger *Schmidt, Lessmann, Brühl*) als Einstiegstexte in eignet, werden sich sicherlich einige der Einzel- der Lehre durchsetzen.